

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigentext: die Zeile 15 Goldpfennige
b) im Reklametext: die Zeile 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag

Sür Plakatschriften kann keine Gewähr übernommen werden

Fernsprecher Nr. 9
Gerichtsstand für beide Teile ist Calw



Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigenannahme: kleine Anzeigen 3 Uhr vorm., für große tags zuvor 3 Uhr nachm.

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Verantw. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele

Druck und Verlag:
der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei

Die Tarifreform der Reichsbahn

Voraussichtlich keine Zustimmung der Reichsregierung

II. Berlin, 16. Mai. Das Reichskabinett wird heute vormittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers zu einer Sitzung zusammentreten, um sich vor allem mit dem Antrag der Reichsbahn-Gesellschaft auf Tarifierhöhung zu beschäftigen.

Soweit wir unterrichtet sind, gilt es als sicher, daß das Reichskabinett dem Vorschlag des Reichsverkehrsministers entsprechend den Antrag der Reichsbahn ablehnt, jedenfalls, soweit die Tarifreform selbst in Frage kommt. Die Reichsbahn-Gesellschaft hat die Möglichkeit nach § 44 des Reichsbahngesetzes dagegen beim Reichsbahngericht Einspruch zu erheben, das beim Reichsgericht gebildet wird.

Die Reichsregierung hat ursprünglich die Absicht gehabt, die Entscheidung über die Tarifwünsche der Reichsbahn wegen der weitgehenden wirtschaftlichen Folgen der kommenden Regierung zu überlassen. Die Reichsbahn hat aber nun darauf aufmerksam gemacht, daß das nach dem Reichsbahngesetz nicht geht, weil hier nachdrücklich gesagt ist, daß eine Genehmigung durch die Regierung als erteilt gilt, wenn der Gesellschaft nicht innerhalb zwanzig Tagen auf ihren Antrag eine Antwort zugeht. Da die Denkschrift dem Verkehrsminister am 1. Mai überreicht worden ist, läuft diese Frist am 21. Mai ab.

Es ist eine juristische Frage, ob die Antwort endgültig sein muß oder ob sie die weitere Entscheidung zur Vornahme einer eingehenden Prüfung hinausschieben kann. Soweit wir wissen, hat sich in der Stellung des Verkehrsministers, seit er im Reichstag die Tarifwünsche der Eisenbahn ablehnte, nichts geändert. Er wird sich also vermutlich im Kabinett für eine negative Antwort einsetzen, wobei die Reform der Beförderungsklassen im Personenverkehr offenbleiben könnte.

Vermutlich wird sich ja auch die Reichsbahn mit einer einfachen Ablehnung nicht begnügen, sondern ihre Notlage erneut begründen, sodaß die letzte Entscheidung doch erst vom nächsten Kabinett getroffen wird.

Besserung im Befinden des Außenministers

II. Berlin, 16. Mai. Amtlich wird mitgeteilt: Im Befinden des Reichsaußenministers Dr. Stresemann ist infolge einer Veränderung eingetreten, als die Magen- und Darmerscheinungen sich gebessert haben. Indessen hält die Störung der Nierenaktivität unvermindert an. Die Abendtemperatur betrug 37,6, der Puls 88. Der Charakter der Erkrankung muß auch heute noch als ernst angesehen werden.

Wie das Berliner Tageblatt mitteilt, gab Prof. Zondek auf Befragen der Ueberzeugung Ausdruck, die Tatsache, daß sich die Funktion der Nieren nicht weiter verschlechtert habe, berechtige zu einer hoffnungsvollen Auffassung über den weiteren Verlauf der Krankheit. Die Nahrungsaufnahme habe sich in den Abendstunden des Dienstag gebessert, ebenso die Herzaktivität, obwohl sie noch immer zu wünschen übrig lasse.

Auflösung der deutschen Vereine in Südtirol

II. Bozen, 16. Mai. Durch ein Dekret des Präfekten von Bozen wurden mit sofortiger Wirkung in Südtirol sämtliche deutschen Vereine aufgelöst, die der Erziehung und dem gefälligen Zusammenschluß der deutschen Jugend gewidmet waren. Darunter befanden sich die Gesellenvereine und Jugendvereine von Bozen, Meran, Brigen, Kallern und anderen Orten. Der Faschismus will dadurch die Bahn frei machen für seine Jugendorganisationen, deren Werbung um die deutsche Jugend bisher so gut wie erfolglos war.

Völkerbund und Agrarkrise

Die Not der Landwirtschaft vor dem Genfer Wirtschaftsrat

II. Genf, 16. Mai. Im großen Wirtschaftsrat des Völkerbundes ergriff gestern der gewesene Reichsfinanzminister Hermeß das Wort. Er dankte namens der deutschen Vertreter für die gute Vorarbeit des Sekretariats und des Wirtschaftskomitees. Er erinnerte an die einstimmige Zustimmung der Reichsregierung und des Wirtschaftsrates zu den Ergebnissen der Weltwirtschaftskonferenz. Der Wiederhall der Konferenz sei in manchen Ländern nur theoretisch gewesen! Sodann betonte er die Bedeutung des deutsch-französischen Handelsvertrages, wobei er es nicht unterließ, auf die Opfer hinzuweisen, die dieser internationalen Verständigung gebracht werden mußten. Gegenwärtig gebe es aber noch bedeutende Lücken in der erzielten Arbeit. Der Kapitalmarkt befinde sich in einer schweren Krise. Die Weltwirtschaftskonferenz habe sich nur kurz gefaßt. Der internationale Schuldenausgleich könne nur durch internationale Leistungen und Versicherungen geheißen werden. Diese müßten aber auf dem Weltmarkt untergebracht werden können. Die Lösung müßte im Bereich der Weltwirtschaftsmöglichkeiten gefunden werden. Die Landwirtschaft leide ganz besonders unter Kapitalknappheit und ihren hohen Lasten. Das wäre unsere größte Sorge, denn die anderen Wirtschaftszweige hätten sich doch schon einigermaßen erholt. Es genüge nicht bloß die Erleichterung der Kapitalbeschaffung. Es müsse der Landwirtschaft eigene Kapitalbildung ermöglicht werden, und zwar durch eine rentable Wirtschaftsweise, angemessene Preise für die Erzeugnisse und für die der Landwirtschaft unentbehrlichen Betriebsmittel.

Die Frage des Kriegsverzichtspakts

II. London, 16. Mai. Im Oberhaus brachte gestern nachmittags Lord Reading eine Entschließung ein, nach der das Oberhaus die Kriegsverzichtsvorschläge Kellogg's begrüßt und eine schnelle günstige Prüfung der Vorschläge durch die Regierung erwartet. Ferner soll danach die Regierung die Annahme der Kellogg'schen Grundsätze ankündigen. In seiner Begrüßungsrede wies Lord Reading darauf hin, daß bereits

alle Parteien des Unterhauses die Kellogg'schen Vorschläge begrüßt hätten. Wenn Kritiker sagen, diese seien eigentlich eine Selbstverständlichkeit, so müsse man erwidern, daß zwischen einer Selbstverständlichkeit und einer feierlichen Kriegsverzichtserklärung durch 6 Großmächte ein sehr wesentlicher Unterschied bestehe. Lord Curzon erklärte, daß er wohl mit Lord Reading übereinstimme, er aber zu Chamberlain's erst kürzlich abgegebene Oberhauserklärung nichts hinzufügen könne. Lord Cecil wünschte, daß die formelle Annahme der amerikanischen Vorschläge nicht unnötig verzögert werde.

Französisches Nachgeben in der Kriegsverzichtfrage?
II. Paris, 16. Mai. Bainville spricht in der Liberté die Erwartung aus, daß der Kellogg'sche Kriegsverzichtspaktvorschlag in seiner ursprünglichen Form demnächst unterzeichnet werden dürfte. Was die französischen Vorbehalte anbetrifft, bereite man diesen in Paris einen ehrenhaften Rückzug vor.

Vor der Stabilisierung der französischen Währung

Die achte Milliarde erreicht.
II. Paris, 16. Mai. Wie verlautet, sind beinahe acht Milliarden Franken für die französische Stabilisierungsanleihe gezeichnet worden. Diese Anleihe dürfte nunmehr Poincaré's Finanzreform ermöglichen.
Das „Echo de Paris“ rechnet im Zusammenhang mit dem Erfolg der französischen Konsolidierungsanleihe und der Zusammenfassung der neuen Kammer mit der Durchführung der Franken-Stabilisierung etwa im August d. J.

Propaganda in Sowjetrußland

Der Schacht-Prozess ein Schauprozess.
II. Moskau, 16. Mai. Nach Mitteilungen der Sowjetpresse wird der Schacht-Prozess als Schauprozess aufgemacht werden. Während der Verhandlungsdauer sollen täglich 1500 Einladungskarten ausgegeben werden, wovon auf die in- und ausländische Presse nur etwa 100 entfallen. Der Gang der Verhandlung soll geheim, die Verhandlung im Rundfunk verbreitet werden. Der Prozeßbericht soll der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Tages-Spiegel

Das Reichskabinett wird sich heute mit der beantragten Erhöhung des Eisenbahntarifs beschäftigen. Man erwartet eine Ablehnung.

Im Befinden des Reichsaußenministers ist eine leichte Besserung eingetreten.

Im großen Wirtschaftsrat des Völkerbundes sprach der frühere Finanzminister Dr. Hermeß über die Agrarkrise und forderte Maßnahmen zu ihrer Behebung.

Der Schacht-Prozess in Moskau soll durch die Teilnahme vieler Zuhörer, durch Lautsprecher und Film zu einer erhörten Schaustellung angefaßt werden.

Tschangtsolin hat Peking bereits verlassen, seine Truppen räumen die Stadt.

Das Luftschiff „Italia“ ist gestern mittag zum Nordpolflug in Richtung Franz-Josephs-Land aufgestiegen.

Die Räumung Pekings

II. Peking, 16. Mai. Begleitet von seinem Sohn und einem Unterführer hat Tschangtsolin Peking verlassen. Seine Truppen sehen die Räumung der Stadt fort.

Die Ordnung in Peking hat die internationale Polizei unter dem schwedischen General Kuntz übernommen.

Die Pekingener ausländischen Gesandtschaften siedeln nach Tientsin über.

In maßgebenden französischen Kreisen wird versichert, daß alle notwendigen Vorbereitungen für die Sicherheit und den Schutz der ausländischen Bewohner und Interessen in Tientsin getroffen wurden. Der erste von den Großmächten zu unternehmende Schritt wird in der Ueberführung ihrer Gesandtschaften und der europäischen Untertanen von Peking nach Tientsin bestehen. Eine Verteidigung der Gesandtschaften in Peking würde ein zu großes Risiko mit sich bringen. Die Südtruppen bei Tientsin.

II. Tokio, 16. Mai. Wie aus Tientsin gemeldet wird, hat die Vorhut der südchinesischen Truppen die Vororte der Stadt am Dienstag besetzt. In der Nähe von Peking warfen Flugzeuge des Generals Feng Truppen und Trainkolonnen der Nordarmee mit Bomben.

Bewilligung weiterer 10 Millionen Yen für die japanischen Expeditionstruppen.

II. Tokio, 16. Mai. Am Montag hat Ministerpräsident Tanaka auf einer Kabinettsitzung über die Lage in China berichtet. Das Kabinett genehmigte die Bewilligung weiterer 10 Millionen Yen für den Unterhalt der Truppen in China. Somit sind bisher für die japanischen Expeditionstruppen 20 Millionen Yen bewilligt worden.

Ungeachtet der Bemühungen der Südgierung verlautet, daß die japanischen Truppen sich bis Dezember d. J. in China aufhalten werden. Dem Gesandten Japans in Peking ist anheimgestellt worden, sich mit General Feng in Verbindung zu setzen, um die Evakuierung der Stadt möglichst ohne Blutvergießen durchzuführen.

Eine neue Erdbebenwelle

II. London, 16. Mai. Die am Montagabend von einer ganzen Anzahl von Erdbebenwarten verzeichneten schweren Erderstöße haben nach den bisher vorliegenden Meldungen sowohl Japan wie Ecuador, Georgien, Batavia und verschiedene andere Gebiete heimgesucht.

Wie der Berliner „Mittag“ meldet, soll in Japan in der Gegend von Misshifutamo ein schweres Erdbeben gewesen sein, bei dem über 100 Personen das Leben verloren haben sollen. Während für diese Meldung eine Bestätigung noch aussteht, ist sicher, daß in Ecuador durch ein Erdbeben schwerer Schaden angerichtet wurde. Auch in Tiflis in Georgien wurde ein Erdbeben verspürt und bedeutender Schaden angerichtet.

Die vulkanische Insel Krakatau in Holländisch-Indien hat in den letzten 24 Stunden große Aktivität entwickelt. Mit weiteren schweren Erderstößen ist nach einer kurzen Ruhepause zu rechnen, wobei als größtes Gefahrengebiet die Mittelmeergebiete von Spanien nach Kleinasien, die amerikanischen Anden, Mexiko und China und vielleicht Japan angegeben werden. Die Hauptstöße werden für kommenden Sonntag angekündigt.

Reichsbahn und Wirtschaft

An der Geschäftspolitik der deutschen Reichsbahngesellschaft ist in der letzten Zeit scharfe Kritik geübt worden. Der Antrag des Verwaltungsrates, die Tarife um durchschnittlich 5 v. H. zu erhöhen, hat in Wirtschaftskreisen starke Erregung hervorgerufen. Auch der Streit mit der A.-G. für Kohleverwertung, der Hauptträgerin der Gasfernversorgungspläne, über die Abgabenhöhe bei Benutzung von Bahnübergängen für die Rohrleitungen hat heftigen Widerspruch gegen die Reichsbahnpolitik ausgelöst. Da die Verwaltung bei einigen politischen Parteien wenig beliebt ist, so spielen diese Dinge unter dem Schlagwort der Wirtschaftseindlichkeit der Reichsbahn auch im gegenwärtigen Wahlkampf eine große Rolle. Es kommt noch hinzu, daß die Taktik der Verwaltung ebenso wie ihre Behandlung dieser wirtschaftlich einschneidenden Fragen nicht gerade sehr glücklich zu nennen ist, so daß der Vorwurf der Einseitigkeit nicht immer ganz unberechtigt erhoben wird. Diesen Umständen ist es zuzuschreiben, daß Kritik und Abwehr ins Unfassliche abgelenkt.

Die Reichsbahnverwaltung betont gern ihre Aufgabe, das ihr übertragene Gut nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten nutzen zu müssen. Die Geschäftsführung der Gesellschaft nach diesen Grundsätzen ist notwendig, soweit es sich darum handelt, neben der Aufbringung der Reparationsbelastung das Verkehrsmittel auf der Höhe der technischen Entwicklung und der Sicherheit zu halten. Darüber hinaus ist zwar eine vorwiegende Finanzgebarung zu empfehlen, sie — und damit auch die privatwirtschaftliche Tendenz der Reichsbahnpolitik, — findet aber ihre Grenzen im Paragraphen 2 des Reichsbahngesetzes, welcher der Gesellschaft die Beachtung der Interessen der deutschen Volkswirtschaft ausdrücklich zur Pflicht macht. Die Reichsbahn darf auf Grund dieser Verpflichtung privatwirtschaftliche Finanzierungs- und Gewinnaufspeicherungspolitik nicht treiben. Darum handelt es sich aber in der Hauptsache bei dem Streit um die geplante Tarifierhöhung. Die Meinungsverschiedenheiten beruhen nicht auf dem Zweifel, daß die Einnahmen die Ausgaben nicht decken, wie es die Verwaltung in ihren Erwidierungen darstellt, sondern in der Anwendung der Mittel, wie der Ausfall zu decken ist.

Die Reichsbahngesellschaft ist gezwungen, große Aufwendungen für den Unterhalt und die Verbesserung ihres Betriebes zu machen, die teilweise gesetzlich vorgeschrieben sind. Diese Ausgaben steigen mit dem Anwachsen des Verkehrs. Während im Jahre 1913 349 Millionen Mark für Unterhaltungszwecke ausgegeben wurden, betrug dieser Posten 1925 713 Millionen Mark. Andererseits mußten aber die Ausgaben auf Anlagewachstum gleichfalls stark erhöht werden; sie belaufen sich 1927 auf etwa 500 Millionen gegen 407 Millionen Mark im Jahre 1926. Die Beschaffung der für diesen Zweck erforderlichen Mittel sollte eigentlich auf dem Emissionswege geschehen, nämlich durch Veräußerung von Vorzugsaktien der Reichsbahn im Ausland. Der bekannte Einspruch des Reparationsagenten hat dies jedoch unmöglich gemacht. Die Gesellschaft mußte diese Summen, entgegen jeder gesunden Finanzgebarung, aus den Betriebseinnahmen entnehmen. Hier liegt der Kern der ganzen Verlegenheit. Andere Mehraufwendungen kommen hinzu: Die Erhöhung der Beamtenegehälter, die etwa 350 Millionen Mark ausmacht, die Lohnsteigerung um etwa 60 Millionen und die weitere Erhöhung der Reparationsabgabe um 70 Millionen Mark. Nach einer nicht näher nachzuprüfenden Berechnung der Verwaltung verbleibt, wenn die Einnahmen des Jahres 1927 zugrunde gelegt werden, ein Fehlbetrag von 250 Millionen Mark. Die großen Kapitalinvestitionen übersteigen also die Betriebsüberschüsse. Das war vorauszusehen, denn es ist auf die Dauer unmöglich, den Anlagewachstum aus den Betriebseinnahmen zu finanzieren, besonders bei einem so riesigen Unternehmen, wie es die Reichsbahn darstellt, das zudem noch Rückstände in der Erneuerung des Oberbaus aus der Kriegs- und Inflationszeit zu beseitigen hat. Auch die Reichspost pflegt diese Methode mit der Wirkung, daß immer wieder große Tarifierhöhungen notwendig werden.

Der Weg, der zur Flüssigmachung der 250 Millionen Mark der Reichsbahn außer der Tarifierhöhung noch offen steht, ist der Verkauf von Vorzugsaktien. Von den 1500 Millionen Mark Vorzugsaktien besitzt die Reichsbahn noch 910 Millionen. Die letzte Emission der Reichsbahn in Höhe von 200 Millionen Mark hatte einen außerordentlich guten Erfolg. Der innere Kapitalmarkt ist zwar augenblicklich nicht sehr aufnahmefähig, und andere öffentliche Stellen, wie die Reichspost, besitzen Vorrang-Anmeldungen, aber wenn es sich darum handelt, eine Tarifierhöhung zu umgehen, sollte man doch erwägen, ob nicht diese Stellen ihren Anleihebedarf noch etwas zurückstellen könnten. Die neue Reichsbahnemission würde zudem einen großen Zuspruch im Ausland finden. Auch eine Zwischenlösung, die kurzfristige Geldbeschaffung aus dem Ausland mit späterer Konsolidierung, ist nicht abzuweisen, denn auf die Dauer wird der Reparationsagent seine Stellungnahme gegen Auslandsanleihen der Reichsbahn nicht aufrecht erhalten können.

Von einer ausgesprochenen Wirtschaftseindlichkeit der Reichsbahn kann jedenfalls keine Rede sein, denn die Fi-

nanzlage bleibt nach der Aufbringung der 250 Millionen Mark auf dem Kapitalmarkt noch in gefährlicher Spannung. Das wird auch dem Reparationsagenten nicht verborgen geblieben sein, der sich um die Neuregelung der Reparationsangelegenheit bemüht. Erleidet die Konjunktur in diesem Jahre einen starken Rückschlag — und er kann durch eine solche Tarifierhöhung mit herbeigeführt werden — dann gerät der ganze Finanzplan der Reichsbahn in Gefahr.

Die Frage der Tarifierhöhung ist für eine politische Behandlung nicht geeignet. Ebenfalls wenig der Streit mit der A.-G. für Kohleverwertung. Die Reichsbahn hat von der Gesellschaft eine Abgabe für das Gas verlangt, das durch Reichsbahnanlagen kreuzende Rohrleitungen geführt wird. Die Abgabenhöhe soll für die A.-G. untragbar sein, da sich daraus eine Belastung von jährlich 225 Millionen Mark ergibt. Die Reichsbahn begründet ihre Forderung mit dem Frachtausfall der verminderten Kohlentransporte. Trotz der relativ niedrigen Kohlenfrachten beträgt die Bruttoeinnahme aus der Kohlenbeförderung rund ein Drittel der gesamten Güterfrachteinnahmen. Die Verhandlungen haben vorläufig zu keiner Einigung geführt. Es ist der Gedanke aufgetaucht, das in Betracht kommende Reichsbahngelände zu Gunsten der Kohleverwertungs-A.-G. zu enteignen. Die rechtlichen Schwierigkeiten, die diesem Vorgehen im Wege stehen, sind nicht so groß, wie es die Reichsbahnverwaltung darstellt. Die Reichsregierung, bei der die Entscheidung liegt, wird aber einen billigen Ausgleich schaffen, da hier zwei öffentliche Interessen zusammenstoßen, die der Reichsbahn und die der Wirtschaft.

Der Standpunkt der Reichsbahnverwaltung ist in diesem Falle unhaltbar. Einen gewissen Entschädigungsanspruch wird man der Reichsbahn nicht absprechen können, aber nur für die Benutzung des Bahngeländes. Die Abgabe auf den Verkehrsausfall zu stützen, der vielleicht in anderer Form durch vermehrte Produktion wieder wettgemacht wird, ist abwegig. Die Verwaltung könnte dann ebensogut von Personen- und Frachtautos, die Bahnübergänge benutzen müssen, Abgaben erheben, weil sie der Reichsbahn einen ebenfalls nicht unbeträchtlichen Verkehrsausfall verursachen. Der Gedanke der Gasfernversorgung würde durch diese Abgabepolitik geradezu illusorisch gemacht, denn die Verbilligung der Gasversorgung baut sich ja zum Teil auf dem Wegfall der Frachtkosten für die Gaskohle auf.

Die Geschäftspolitik der Reichsbahnverwaltung in diesem Falle ist nicht gut zu heißen; sie drängt die Reichsbahn viel mehr als die Frage der Tarifierhöhung in einen Gegensatz zur Gesamtwirtschaft, der die Lösung von Verkehrsfragen erschwert.

Dr. A. Marcus

Die Liquidationsgeschädigten protestieren

Erneute Annäherung im Reichsfinanzministerium.

11. Berlin, 15. Mai. Eine aus ungefähr 50 Personen bestehende Abordnung von Liquidationsgeschädigten erschien am Montag vormittag im Reichsfinanzministerium, um bei dem zuständigen Dezerenten, dem Ministerialdirektor Dorn, gegen die Verschleppung der Schuldzinsentragungen zu protestieren, die als Zahlungsmittelerlass auf Grund des Kriegsschadensschlußgesetzes seitens des Deutschen Reiches zugunsten der Liquidationsgeschädigten vorgenommen werden sollen. Das Erscheinen der ziemlich erregten Menschenmenge rief im Reichsfinanzministerium ziemlich Unruhe hervor. Man versuchte, die Demonstranten zu beruhigen und sie zu veranlassen, zunächst im Meldezimmer zu warten. Die Polizei, die bald zur Stelle war, fand keinen Anlaß zum Einschreiten, da die Abordnung, die inzwischen die Mitteilung erhalten hatte, daß Ministerialdirektor Dorn nicht im Hause sei, das Reichsfinanzministerium verließ.

Die englisch-amerikanischen Beziehungen

England mit dem Kelloggvertrag nicht ganz einverstanden.

11. London, 15. Mai. Sir Austen Chamberlain teilte im Unterhause mit, daß der amerikanische Entwurf eines Kriegsschiedsgerichtsvertrages, der an die Stelle des bisherigen englisch-amerikanischen Vertrages treten soll, nicht in jeder Hinsicht den besonderen Bedürfnissen der britischen Regierung entspreche. Im Hinblick auf die Vielseitigkeit der damit verknüpften Fragen und die Notwendigkeit einer eingehenden Rücksprache mit den britischen Dominien wird die Regierung sich erst in einiger Zeit über die Vorschläge schlüssig werden können. Die britische Regierung habe in Übereinstimmung mit den Regierungen der Dominien vorgeschlagen, eine Verlängerung des alten Vertrages bis zum Abschluß des neuen Vertrages eintreten zu lassen, doch sei zweifelhaft, ob der amerikanische Senat im Hinblick auf seine bevorstehende Vertagung noch in der Lage sein werde, sich mit dieser Frage zu beschäftigen.

Afghanistans Unabhängigkeitspolitik

11. Kowno, 15. Mai. Wie aus Moskau berichtet wird, hat es in dortigen diplomatischen Kreisen großes Aufsehen erregt, daß der König von Afghanistan nach der Krim abgereist ist, ohne irgend einen Vertrag mit Rußland zu unterzeichnen. Rußland hatte bekanntlich eine ganze Reihe von Verträgen vorbereitet, deren Texte dem König vorgelegt

wurden. Der König hat jedoch alle Vorschläge abgelehnt und erklärt, daß seine Politik auch weiterhin auf Erhaltung der Unabhängigkeit Afghanistans gerichtet bleibe.

In Moskauer privaten Kreisen gibt man die Hoffnung jedoch nicht auf, daß es doch noch gelingen wird, den König zum Abschluß eines Vertrages mit Rußland zu bewegen. Nach seinem Wiedereintreffen in Kabul sollen die russisch-afghanischen Besprechungen fortgesetzt werden. Diese Ablehnung eines Vertrages mit Rußland ist um so bemerkenswerter, als bekanntlich König Aman Ullah auch in London den Abschluß eines Freundschaftsvertrages abgelehnt hat.

Kleine politische Nachrichten

Prinz Karol will nach Italien. Prinz Karol hat bei der italienischen Regierung um Genehmigung nachgesucht, an der italienischen Riviera Aufenthalt nehmen zu dürfen, da er erfuhr, daß sein Aufenthalt in Belgien der Brüsseler Regierung unerwünscht sei. Er hat erklärt, er beabsichtige nicht, der Regierung von Rumänien Unannehmlichkeiten zu bereiten und mißbillige die Bewegung der oppositionellen Bauernpartei.

Ein englisch-persischer Vertrag unterzeichnet. Nach amtlicher Mitteilung ist in Teheran ein englisch-persischer Vertrag über den neuen persischen Zolltarif unterzeichnet worden, der eine gegenseitige Meistbegünstigungsklausel enthält. Durch Notenaustausch sind ferner eine Reihe von Einzelfragen geregelt worden, die sich u. a. auf die englische Luftfahrt und auf die Frage des Schutzes der Ausländer beziehen.

Eröffnung des südafrikanischen Kongresses in Lissabon. In Lissabon wurde ein portugiesisch-südafrikanischer Kongress im Beisein des Außenministers und des Kolonialministers sowie der südafrikanischen Delegation eröffnet. Hinsichtlich der Nachbarschaft der portugiesischen Kolonien mit dem südafrikanischen Territorium gibt es zahlreiche Streitfragen, die einer schnellen Regelung bedürfen.

Explosion auf einer stillgelegten Zeche

11. Dortmund, 15. Mai. Am Montag nachmittag erfolgte auf dem städtischen Lagerplatz, auf dem sich der Schacht der stillgelegten Zeche „Lufas“ befindet, eine heftige Explosion, die die bis 1/2 Meter starke Betondecke, durch die der Luftschacht zur Zeche abgeschlossen war, sowie zwei Kanalschächte des Querschlags in die Luft schleuderte. Nach Bekundungen von in der Nähe befindlichen Personen waren drei junge Leute in den Schacht gekrochen. Kurze Zeit darauf gelang es einem der drei Leute, einem 25 Jahre alten Bergmann, aus dem Eingang herauszukommen. Er hatte schwere Brandwunden am Kopf davongetragen. Nach seinen Angaben soll einer seiner beiden Kameraden eine Pfeife geraucht haben, wodurch vermutlich die Explosion hervorgerufen wurde. Durch die herbeigerufene Rettungsmannschaft der Zeche „Kaiserstuhl“ wurden die beiden Vermissten nach mehrstündiger Bergungsarbeit im Querschlag tot aufgefunden und herausgeholt. Es handelt sich um einen 18 Jahre alten Bergmann und um einen 22 Jahre alten Bergarbeiter. Der Tod ist durch Verbrennung und Ersticken eingetreten.

Aus Württemberg

Kritische Betrachtungen zur württ. Staatsvereinfachung.

Ein unter dieser Ueberschrift von württ. Oberamtsstädten herausgegebenes Flugblatt kommt nach langen Darlegungen zu dem Ergebnis, daß die von allen Seiten angestrebte Verwaltungsvereinfachung sich niemals in der Richtung auf eine Aufhebung von kleineren und mittleren Oberamtsstädten bewegen darf, weil sowohl in Beziehung auf die Aufgaben dieser Unterbehörde als reiner Verwaltungsbehörde eine Ersparnis nicht erzielt werden kann und dann weiterhin der angestrebte Zweck, durch Zusammenlegung dieser Amtskörperschaften als Selbstverwaltungskörper, größere Leistungsfähigkeit zu erzielen, nicht erreicht wird. Um so lauter und eingehender muß deshalb der Ruf nach gründlichem, einheitlichem Abbau der öffentlichen Aufgaben, der eine Verlingerung der Zahl der Beamten und damit eine Verwaltungsvereinfachung auf allen Gebieten von selbst bringt, erhoben werden. Die einzige mögliche Verwaltungsreform — nicht nur in Württemberg — liegt nicht auf dem Wege über rein organisatorische Änderungen, er liegt auf dem Wege über die Abstoßung und Einschränkung eines Teils der vom Staat übernommenen Verwaltungsaufgaben, vermehrte Zuweisung derselben an Gemeinden und Selbstverwaltungskörper, Verlegung der Zuständigkeit nach den unteren Behörden, Abfürzung des Instanzenweges, Verhütung der Inanspruchnahme mehrerer Behörden in der gleichen Materie, Einschränkung der Prüfung und Beaufsichtigung untergeordneter Behörden durch höhere Behörden auf das notwendige Maß im Zusammenhang mit dem Bestreben nach einheitlichem Zusammenarbeiten der Behörden und Schaffung von einheitlichen Vorschriften über Akten-, Kassen- und Registraturführung, Zurückgrabung der Gesetzesmaschine, Ausföhrung veralteter Gesetze unter Sichtung und Zusammenfassung der bestehenden Reichs- und landesrechtlichen Gesetze.



MAGGI'S Würze ist altbewährt!

Vorteilhaftester Bezug in großen Originalflaschen zu RM 6.50; man achte auf unversehrten Plombenverschluß.

Was ist national?

Nicht wer große und schöne Redensarten macht . . . sondern die Partei und der Deutsche, der mit dem Mut der Verantwortung in die vorderste Linie tritt, um dem Vaterlande zu dienen, ohne Rücksicht auf parteipolitischen Vorteil. Das tat Dr. Stresemann und die Deutsche Volkspartei

Seite 16

Seite 16

Was will die Volksrecht-Partei?

Sie kämpft für gerechte Aufwertung, insbesondere auch der Kriegsanleihen und Spareinlagen, für Widerruf der Lüge von der inneren Entschuldung und Herabsetzung der Lasten, für Volksrecht gegen Parteivillkür und Korruption, für Einschränkung der Gesetzesmacherei und der staatlichen Aufgaben, für steuerliche Entlastung und Schutz des Mittelstandes und der wirtschaftlich Schwachen, gegen Zusammenfassung des Volksvermögens durch Großkapital und öffentliche Körperschaften, für Sicherung der Währung und Schutz der Kaufkraft, für Erneuerung der Gesinnung und Wiederherstellung Deutschlands als Rechts- und Kulturstaat.

Darum: Wählt Volksrecht-Partei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung).

Seite 16

Seite 16

Anlässlich des 80jährigen Jubiläums des Bezirks-Handels- u. Gewerbevereins, sowie der Verbandstagen der Friseur- und Schlosser Württembergs am 2. - 4. Juni und 9./10. Juni benötigen wir noch zur Unterbringung der Gäste

Privat-Quartiere gegen Entschädigung von Mk. 2.—

Anmeldungen erbeten an Reinhold Hauber, Kaufmann, Leberstraße.

Der Festausschuss: J. A. E. Lebzelter.

Serva-Kaffee



beste Mischungen — stets frisch gebrannt
Carl Serva, Calw Fernsprecher Nr. 120

Sägmehl

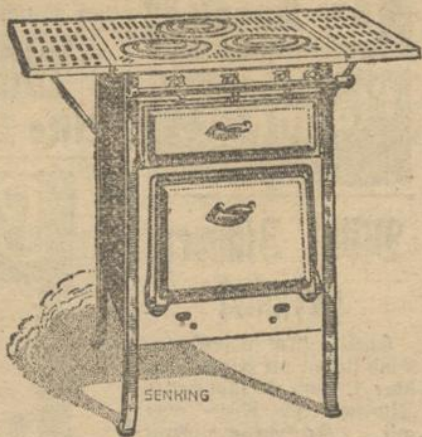
kann abgeholt werden bei
Ludwig Säch, Sägewerk, Unterreichenbach

Gasherde

in jeder Ausführung
Gas-Radiatoren
„Prometheus“
Gasbadeöfen
und Automaten

empfehlen

Wilh. Wackenhuth, Biergasse



Vorhänge

abgepaßt und am Stück in großer Auswahl.
Paul Ränckle, am Markt, Calw.



Gartenfamen Kleefamen Runkelfamen Grasfamen

aller Art in bester, hochkeimfähiger Qualität empfiehlt
Julius Wagner
Pforzheim, Brüderstr. 5
Beste Bezugsquellef. Wiederverkäufer u. Landw. Vereine



erhältlich bei:
J. G. Mayer, K. O. Vinçon.



so schön
so solid
so billig

verleihen den

Krumm Pianos

ihre Beliebtheit seit über 25 Jahren.
Bequeme Teilzahlung

J. Krumm
Flügel- u. Pianofabrik
Stuttgart
Ludwigstr. 47 a und b.
Stimmungen
und Reparaturen

Einschauen neuer I. Qual.
Gummimägen
in Bringmaschinen
unter Garantie
Fr. Herzog b. „Röste“.

Frauen! Wählt



zur Wäsche nur
Persil

Das ist der richtige Helfer!

Einstimmig

klingt das Lob aller, die es kennen. Mit Persil — halbe Arbeit, billiges Waschen und eine tadellose Wäsche! — so sagt jede Hausfrau, die es einmal richtig erprobt hat

Nehmt das vorteilhafte Doppelpaket, Preis 85 Pfg.

Die Wanderarbeitskätte

liefert auf die Bühne schön gespaltenes,
trockenes Brennholz

zu 2,50 Mk. für 1 Zentner und

Anzündholz in Bündeln

zu 30 Pfg. für 1 Bund

Bestellungen nimmt entgegen

Oberamtspflege Fernsprecher 160.

Statt jeder besonderen Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am **Samstag, den 10. Mai 1928** stattfindenden

Hochzeitsfeier

in das Gasthaus zur „Aeone“ in Altbulach freundlichst einzuladen.

Wilhelm Weiß

Sohn des Wilh. Weiß, Bauer in Ostelsheim

Kathrine Zeeb

Tochter des Georg Zeeb, Waldschütz in Altbulach

Kirchgang 1 Uhr in Altbulach.

Bruchleidende Spranzband

Eine Erlösung von dauernder Qual ist das berühmte
(Deutsches Reichspatent.)
Kein Gummiband, ohne Feder, ohne Schenkelriemen, trotzdem unbedingt zuverlässig, für alle Arten von Brüchen. Beste vollste Garantie. Glänzende Zeugnisse, auch Heilerfolge. Verrätlich begutachtet. Mein Vertreter ist für alle Bruchleidende (auch für Frauen und Kinder) wieder mit Mustern **kostenlos** zu sprechen in:

Calw, im Hotel Adler, am Freitag, 18. Mai, von 10-2 Uhr
Lebenzell, im Gasthof zum Ochsen, von 3-6 Uhr.
Der Erfinder und alleinige Hersteller:
Hermann Spranz, Unterkochen, Württemberg.

Wir wollen ein Reichsschulgesetz

für die christliche und vaterländische Erziehung unserer Jugend. Wir wollen die Aufrechterhaltung bewährter Schulformen. Wir wollen aber nicht eine unnütze und kostspielige Zersplitterung unseres Schulwesens, wir wollen nicht ein Schulgesetz nach dem Vorbilde des bayerischen Konkordats. Weil diese Gefahr im Keimlichen Entwurf lag, ist er gefallen. Wer die Staatshoheit über die Schule unter Wahrung der wirklichen Elternrechte anerkennen will, schart sich um die Kulturpolitik der

Deutschen Volkspartei!

Seite 4

Ämtliche Bekanntmachungen.

Calw.

Landtagswahl am 20. Mai 1928.

Nach § 40 der Landesstimmordnung wird folgendes bekanntgemacht:

Abgrenzung des hiesigen Abstimmbezirks: Derselbe umfaßt die Stadtgemeinde und zwar: Bezirk I: südl. Stadtteil links der Nagold, Bezirk II: nördlicher Stadtteil links der Nagold, Bezirk III: östl. Stadtteil rechts der Nagold.

Abstimmungsraum ist für Bezirk I: Rathaus (fl. Sitzungssaal), für Bezirk II: Das frühere Kaffeehaus, für Bezirk III: Das Nebenzimmer im „Ablter“.

Tag und Stunde der Abstimmung: Sonntag, 20. Mai 1928, von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 5 Uhr.

Ferner wird darauf hingewiesen, daß die Stimmzettel amtlich hergestellt sind, daß sie alle zugelassenen Kreiswahlvorschläge enthalten unter Angabe der Wählervereinigung oder eines sonstigen Kennworts und der Namen der Bewerber, daß der Stimmberechtigte bei der Stimmabgabe durch ein auf den Stimmzettel gesetztes Kreuz oder mittels Durchstreichen von Wahlvorschlägen oder auf andere Weise kenntlich macht, welchem Kreiswahlvorschlag er seine Stimme geben will, und daß Stimmzettel, die dieser Bestimmung nicht entsprechen, ungültig sind. Wenn der Stimmberechtigte den Wahlraum betritt, erhält er den amtlichen Stimmzettel und Wahlumschlag.

Stimm Scheine können noch am Tage vor der Abstimmung von 7 Uhr vorm. bis 12 Uhr mittags ausgestellt werden (§ 10 der Landesstimmordnung). Calw, den 15. Mai 1928.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Motorräder
und Reparaturen
Chr. Widmaier
Mech. Werkstätte.

Haarspangen
repariert
S. Obermatt, Friseur
beim Adler, Telefon 240

Calw.

Reichstagswahl am 20. Mai 1928.

Nach § 47 der Reichsstimmordnung vom 14. März 1924 wird folgendes bekanntgemacht:

Abgrenzung des hiesigen Stimmbezirks: Derselbe umfaßt die Stadtgemeinde und zwar: Bezirk I: südl. Stadtteil links der Nagold, Bezirk II: nördlicher Stadtteil links der Nagold, Bezirk III: östl. Stadtteil rechts der Nagold.

Abstimmungsraum ist für Bezirk I: Rathaus (fl. Sitzungssaal), für Bezirk II: Das frühere Kaffeehaus, für Bezirk III: Das Nebenzimmer im „Ablter“.

Tag und Stunde der Abstimmung: Sonntag, 20. Mai 1928, vormittags 8 Uhr bis nachmittags 5 Uhr.

Ferner wird darauf hingewiesen, daß die Stimmzettel amtlich hergestellt sind, daß sie alle zugelassenen Kreiswahlvorschläge, die Partei und die Namen der ersten vier Bewerber jedes Vorschlags enthalten, daß der Stimmberechtigte bei der Stimmabgabe durch ein Kreuz oder Unterstreichen oder in sonst erkennbarer Weise den Kreiswahlvorschlag bezeichnet, dem er seine Stimme geben will, und daß Stimmzettel, die dieser Bestimmung nicht entsprechen, ungültig sind. Wenn der Stimmberechtigte den Abstimmungsraum betritt, erhält er den amtlichen Stimmzettel und Wahlumschlag.

Stimm Scheine können noch am Tage vor der Abstimmung von vormittags 7 Uhr bis mittags 12 Uhr ausgestellt werden (§ 11 der Reichsstimmordnung). Calw, 15. Mai 1928.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Prüfungen im Hufbeschlag

Auf die Bekanntmachung der Zentralstelle für die Landwirtschaft über Prüfungen im Hufbeschlag vom 9. Mai 1928 im Staatsanzeiger für Württemberg vom 10. Mai d. J. Nr. 109 werden die beteiligten Kreise hingewiesen. Der Staatsanzeiger kann bei den (Stadt-) Schultheißenämtern eingesehen werden.

Calw, den 14. Mai 1928.

Oberamt: Nagel, Regierungsrat.

Württemberg's Ende

als eines freien Landes im lieben deutschen Vaterlande ist nahe herangekommen, wenn die Parteien eine Mehrheit erhalten, die sich im Landtag für ein langsames Absterben der Selbstständigkeit Württembergs und für die Umwandlung zu einer von Berlin abhängigen Provinz ausgesprochen haben.

Wähler vergeßet nicht, daß die Deutsche Volkspartei, die Demokratie, die Sozialdemokratie und die Kommunisten sich in diesem Sinne ausgesprochen haben.

Wähler bedenket, daß die völlige Abhängigkeit von der Berliner Bürokratie und vom Berliner Parlamentarismus unser Wirtschaftsleben und unsere Kultur auf das schwerste schädigen würde. Der verstorbene Staatspräsident Blos hat in Berlin auf seine Bitte um Kohlen statt der Kohlen die Antwort erhalten: „Die Industrie soll sich da gruppieren, wo die Kohlen sind, nicht umgekehrt.“

Wähler vergeßet nicht, daß am 1. April 1927 im Reichstag die württembergischen Abgeordneten der Demokraten, der Sozialdemokraten und Kommunisten dagegen gestimmt haben, daß Württemberg aus der Reichskasse

12 Millionen Mark mehr als bisher

erhält. Nur durch diese Mehrzuweisung war es möglich, die württembergischen Steuern zu senken. Eine solche Abstimmung gegen das eigene Land ist das Ungeheuerlichste, was die politische Geschichte Württembergs kennt.

Wähler bedenket, daß die Behauptung, die Aufhebung der Länder bringe eine Ersparnis für das deutsche Volk, auf der Länderkonferenz in Berlin am 15. Januar 1928 von allen Seiten aufgegeben worden ist.

Wähler vergeßet nicht, daß nur infolge des Drängens nach dem Einheitsstaat in Berlin die Zusammenlegung Württembergs mit Baden und der Pfalz zu einem einzigen Arbeitslosenbezirk diktiert worden ist, was nach den amtlichen Berechnungen die württembergische Volkswirtschaft jährlich etwa

6 Millionen Mark mehr

kostet.

Mitbürger und Mitbürgerinnen!

Wer im großen deutschen Vaterlande unser liebes Württemberg als ein freies Land erhalten will, wer will, daß nicht von Berlin aus einfach befohlen wird, der darf folgende Parteien nicht wählen: Deutsche Volkspartei, Demokraten, Sozialdemokraten u. Kommunisten, weil diese Parteien sich offen im Landtag für das langsame Absterben der Selbstständigkeit Württembergs ausgesprochen haben.

Die Kraft des Deutschen Reichs ist jedem Württemberger Herzenssache; aber wer die Länder schwächt, schwächt damit auch das Reich.

Wähler! In eurer Hand liegt es, ob das

Sie gut Württemberg allewege

nur noch der Vergangenheit angehören soll.

Moskofinen
Schwarze u. gelbe
billigt

Otto Jung,
Landesprodukte Calw.

Plannkuch

Für Ausflug
und Reise als

**Touren-
proviant**

Bayr.

Nettowürstchen

Stück 22

Thür. und holst.

Salami

1/2 Pfd. 45

**Emmentaler
ohne Rinde**

Schachtel 1.20

Bayr. Camembert

Schachtel 1.05

6 Port.

Deljardinen

Dose 40 an

von

**Hinbeer- und
Zitronensaft**

Sardellen-Paste

Senf in Tuben

Bumperrisiel

Schokoladen

in großer Auswahl

Sauze Bonbons

Pfeffermüch

Soll-Drangen

Bananen

5 % Rabatt

Plannkuch

**Möbl. Zimmer
gesucht!**

Eheleute (Kaufmann) ohne Kind suchen per 20. ds. Mts. oder 1. Juni ein möbliertes Zimmer mit Küche oder mit Küchenbenützung gegen Mietvoranzahlung. Angebote mit Preisangabe unter N. 3. 114 an die Gesch.-St. ds. Bl.

NIMM
DOCH

LOBA

FÜR DEN BODEN
LOBA-PARKET, BONNERWACKS
LOBA-BEIZE, DIE WASSERRECHTE
BIS ZUR FARB-DARSTELLUNG

Volksrecht-Partei

(Reichspartei f. Volksrechtl. Aufwertung)

Öffentliche Versammlung

findet am Freitag, den 18. Mai, abends 8 Uhr, in der Restauration Weiß (Badgasse) statt. In derselben wird

Herr Rechtsanwalt R. Schilling II aus Stuttgart über das Thema:

Warum brauchen wir die Volksrechtspartei sprechen wird. Hierzu ist jedermann, insbesondere Sparer, Gläubiger, Inflationsgeschädigte, Versicherte, Kriegsbeschädigte, Gewerbetreibende usw. freundi. eingeladen. Freier Eintritt! Freie Aussprache!

Hirsau.

Am Donnerstag den 17. ds. Mts. (Himmelfahrtstfest) findet von 1/4 bis 1/6 Uhr in der Wandelhalle der neuen Kuranlagen ein

Konzert

ausgeführt vom Musikverein Hirsau e. V. statt, wozu einladet J. U. Der Vorstand.

Wißt ihr das?

Wißt ihr, daß die Großindustrie, vertreten durch den Besitzbürgerblock, im letzten Reichstag die Steuerbelastung des Besitzes um 2 1/2 Milliarden gesenkt hat?

Wißt ihr, daß die Großagrarier schuld daran sind, daß die Zollbelastung von 350 Millionen im Jahre 1924 auf 1255 Millionen im Jahre 1927 gestiegen ist?

Wißt ihr, daß die Verbrauchssteuern zusammen mit den Zöllen in der glorreichen Zeit des Bürgerblocks auf den Kopf der Bevölkerung beinahe verdoppelt worden sind?

Wißt ihr, daß die Lohnsteuerenkung entgegen den heiligsten Versprechungen nicht durchgeführt worden ist?

Wißt ihr, daß die Deutschnationalen die Reparationslasten noch um 300 Millionen erhöht haben?

Wißt ihr, daß die Unternehmernparteien zusammen mit dem Zentrum auch in dem reaktionären Arbeitszeitgesetz den Neun- und Zehnstundentag auferlegt haben?

Wißt ihr, daß der Bürgerblock auch die Mietsteigerung von 75 auf 120 Prozent der Friedensmiete befehrt hat?

Wenn ihr das wißt,

wählt ihr Sozialdemokraten!

Die Sozialdemokratie kämpft für Abbau der Zölle und der Massensteuern, um der Teuerung endlich Einhalt zu gebieten.

Die Sozialdemokratie verlangt rückwärtslose Verschärfung der Besitzbelastung.

Die Sozialdemokratie fordert grundlegende, tiefgreifende Ersparnisse bei den Staatsausgaben.

Kein Panzerschiff, keine Verschwendung der Steuergelder im Reichswehrhaushalt.

Die Sozialdemokratie will die Kontrolle über die alles beherrschenden Monopole und Riesenkartelle der Wirtschaft.

Fort mit der Diktatur der Unternehmer!

Alle Macht dem werktätigen Volk. Die Bahn frei für den wirtschaftlichen Aufstieg!

Wählt Sozialdemokraten!

Liste 1 auf dem Wahlzettel zur Reichs- und Landtagswahl

Bis dahin



sehr
billiger
Verkauf
bei

C. Berner
Damen-Konfektion
Pforzheim

Ecke Metzger- u. Blumenstraße